

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2,50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7748.

Volkswacht

Insertionsgebühren: Beträge für die einseitige Zeitungs- oder deren Raum 20 Pfennige, für zweiseitige und Befammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächsten Nummern müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Organ für die werkhätige Bevölkerung. Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Nr. 192.

Donnerstag, den 18. August 1898.

9. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Die Arbeiterverhältnisse in Schlesien und Posen nach den Berichten der Gewerbe- und Bergverwaltungen.

Einleitendes. (Schluß.)

Die Zahl der Revisionen hat zwar allenthalben etwas zugenommen; wir verbanken das hauptsächlich dem Umstande, daß endlich nach langem Drängen von allen möglichen Seiten die Regierung beschloffen hat, den Gewerbeaufsichtsbeamten die rein technische Arbeit der Kesselrevisionen — nicht etwa abzunehmen, sondern — etwas zu erleichtern, dadurch nämlich, daß sie die in landwirtschaftlichen Betrieben und auf Schiffen befindlichen Dampfmaschinen einer anderen Aufsicht, der der Kesselüberwachungsvereine unterstellt. Zur vorwiegend agrarische und Bergbauverhältnisse hat diese Neuerung einen unzulänglichen Erfolg, aber nicht für ausgesprochene Industriegegenstände, weil hier die Zahl der abgenommenen Dampfketten nicht ins Gewicht fällt; am wenigsten haben demnach von dieser Entlastung die bisher und heute noch am meisten belasteten Aufsichtsbeamten der Kreise des ober-schlesischen Industriebezirks. Allerdings: Das Mißgeschick betrifft ja nur Ober-schlesien, denkt man da oben vielleicht.

Bei der „günstigen“ Geschäftslage im Jahre 1897 war es selbstverständlich, daß die Einspannung der Frauen und Kinder — die Berichte haben für die letzteren, die 14 bis 16 Jahre alten, den die Sache bedeutend mildernden Kunstausdruck „Jugendliche“, wie ja überhaupt die offizielle Socialpolitik ihre eigene Sprache hat — in die Fabriklaverei bedeutend zugenommen, und zwar in Schlesien viel bedeutender als sonstwo. Schon die Zahl der Betriebe, in denen Frauen beschäftigt wurden, zeigt das; dieselbe ist in ganz Schlesien um 945 (in ganz Preußen um 1497!) in Posen um 24 gestiegen, während die Zahl der Betriebe mit Kinderbeschäftigung in ganz Schlesien um 217 (in ganz Preußen um 1181), in Posen um 39 gestiegen ist. Die Hauptzunahme entfällt auf die Betriebe in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Bekleidungs-, Reinigungs-, und Textilindustrie, leider aber auch auf die Industrie der Steine und Erden, b. h. die Frauen werden immer mehr auch bei Arbeiten im Freien, in Stein- und Kalkbrüchen, Ziegeleien und dergl. Betrieben, in denen die „Schinderei“ immer besonders groß ist, eingestellt. Dem entspricht die Zunahme der Zahl der Arbeiterinnen, zunächst der über 16 Jahre alten. Sie betrug in Schlesien 1897: 71511, 4405 mehr als 1896. Auch mit dieser Zahl marschirt Schlesien mit an der Spitze der Frauen ausbeutenden Provinzen Preußens, wo insgesamt 337,504 Arbeiterinnen in Fabriken arbeiteten, 19,019 mehr als 1896. Für Posen werden 4696 Fabrikarbeiterinnen angegeben, 243 mehr als für 1896.

Verhältnismäßig ebenso groß ist die Zahl der „Jugendlichen“ und ihre Zunahme, die der Kinder, wie wir gut deutsch sagen wollen. Die „goldene Jugendzeit“ der Proletarierkinder wird in immer bedeutenderem Umfange zur Lehrszeit der Fabriklaverei. In Schlesien arbeiteten 1897: 17,838 betriebsfähige 14 bis 16jährige Kinder in Fabriken, 1861 mehr als im Vorjahre, in Posen 1459 (+ 167). Ein sehr interessantes Kapitel, das auch noch hier besprochen werden soll, ist das der „Zwischenhandlungen“. Schon dieses schöne deutsche Wort, eine

patentirte Schöpfung der „modernen“ offiziellen Socialpolitik, ist sehr bezeichnend. Es klingt so schüchtern, viel zarter als Uebertretung oder Vergehen, gar nicht vergleichbar mit Verbrechen oder Frevel. Mit diesem Worte bezeichnet man nämlich — daher die schonende Zartheit — einige der Sünden des Unternehmertums gegen die Arbeiter, durchaus nicht alle, auch nicht die Mehrzahl, sondern nur diejenigen, die sich auf Grund der sogenannten Arbeiterschutzbestimmungen als solche erfassen lassen. Es kennzeichnet den streng capitalistischen Klassengeist, der die offizielle Socialpolitik durchweht, daß es auf einer „Zwischenhandlung“ beruhen kann, wenn durch die Fügigkeit und Profitgier eines Unternehmers ein halbes oder ganzes Duzend oder noch mehr Arbeiter in ein oft wirklich „besseres“ Jenseits befördert werden, während es ein „Frevel“ ist, wenn ein hungriger Arbeiter oder ein abgeplackter Bauer etwa einem angehoffenen Häselin den Gnadenstoß giebt und es mitnimmt; es ist das nämlich Jagdfrevel, ein schreckliches Verbrechen. Und so wie mit den verschiedenen Verbrechen eines Verbrechens gegen Menschenleben durch Unternehmern und einem Delicte, das man als Nothwehr oder Mordbühnen bezeichnet, ist es auch mit den Zwischenhandlungen dieser beiden Klassen von Vergehen. Auf interessante, den schroffsten Klassengeist verrathende Urtheile kommen wir noch zurück; hier wollen wir nur darauf hinweisen, daß in Schlesien 1897 in 263 Betrieben 784 (davon im Regierungsbezirk Oppeln 441 (!)) „Zwischenhandlungen“ gegen die Beschäftigung von Arbeiterinnen betreffenden Bestimmungen festgestellt worden sind, während die Zahl der Bestraften 22 (!!) betrug. In Posen wurden in 105 Betrieben 122 „Zwischenhandlungen“ constatirt und 5 Personen bestraft. „Zwischenhandlungen“ gegen die zum „Schutze“ der Kinder erlassenen Bestimmungen wurden in Schlesien in 509 Betrieben (in 250 allein des Breslauer Bezirks) festgestellt; ihre Zahl betrug 1143 (663 allein im Oppelner Bezirke), 65 (!) Personen wurden bestraft; in Posen wurden 187 „Zwischenhandlungen“ in 134 Betrieben festgestellt, aber nur 5 Personen wurden bestraft. Die Herren Unternehmer brauchen also nicht sehr besorgt darum zu sein, sich nicht erwischt zu lassen; eine Bestrafung trifft sie ja so selten. Da geht es den Arbeitern in Bezug auf Bestrafungen doch ganz anders. Den Unternehmern läßt man in vielen Fällen laufen, bei Arbeitern, mocht man es anders, die Arbeiter bestraft man sogar wegen Vergehen, die nach den Urtheilen der Justiz erst zu solchen gemacht werden. Die Zahl der bewilligten Ueberstunden ist — endlich etwas Angenehmes, — fast überall gegen früher zurückgegangen; aber immer noch sind rund 200,000 Ueberarbeitsstunden bewilligt worden. Das liegt daran, daß die Entscheidung über die Bewilligung fast ausschließlich in den Händen der Polizeibehörden liegt, der Behörden, die in der Durchführung der Socialgesetzgebung so viel oder so wenig Geschick und guten Willen zeigen, als es die Unternehmer nur immer wünschen können.

Nationalliberale Wahlrechtsfeinde.

Die „Köln. Zeitung“ eröffnet zwei Monate nach den Reichstagswahlen eine muntere Attacke auf das Wahlrecht. Während der Wahlen selbst bezeichneten es die Nationalliberalen gerade in Rheinland-Westfalen beinahe als eine blanke Erfindung, ihnen Pläne auf Abänderung des Reichswahlrechts unterzulegen. Die „Köln. Zeitung“ beruft sich auf ein obskures Schriftchen über das Gleichheitsprincip. Das allgemeine

Wahlrecht sei richtig, aber das gleiche Wahlrecht sei ein Fremdkörper im Bestehenden, sei revolutionär und bringe einen zerstörenden Keim für den Staatskörper. Es führe das Gleichgewicht zwischen Kultur und Natur durch Verschlebung nach den brutalen Kräften hin.

Indem die „Köln. Zeitung“ allemal zustimmt, bezeichnet sie den jetzigen Zustand als theoretisch und praktisch unhaltbar. Beseitigung des gleichen Wahlrechts sei das nächste und höchste Staatsbedürfnis. Das Wahlrecht sei verschieden zu bemessen nach dem Grade der Bildung, der wirtschaftlichen Selbstständigkeit, der Erfahrung und Lebensreise.

Man sehe, so meint die „Köln. Zeitung“, fast in der letzten Stunde, in der eine legale Wahlreform möglich sei. Werde die letzte Möglichkeit verpaßt, so werde absoluter Absolutismus und Reaction eintreten.

Die „Köln. Zeitung“ ist also schon soweit, mit dem Staatsrecht zu drohen, falls die „legale Reform“ des Wahlrechts nicht gelingen sollte. Am Schluß sagt die würdige Alerandersonsche von Köln:

„Der Reichstag wird aber damit vor eine Entscheidung gestellt, die weit über die Bedeutung des Wahlrechts hinausgeht, vor eine Entscheidung über Sein oder Nichtsein des konstitutionellen Staatswesens und der geistigen ethischen Kultur; vor eine Verantwortung, vor der es für die Meinungsfreiheit und Meinungselbstlichkeit einfach keinen Ausweg giebt. Und so wird er und muß er mit Hand anlegen zum Ausbau des allgemeinen, geheimen und directen Wahlrechts, das mit seinem Gleichheitsprincip nichts Anderes als ein modernes Faustrecht ist.“

Unersparten wird die Vernichtung des gleichen Wahlrechts als „ein Ausbau des allgemeinen, geheimen, directen Wahlrechts“ bezeichnet.

So offenherzig reden die Wahlrechtsfeinde. Die „Köln. Zeitung“ schmünzelt Beifall zu den schamlosen Vorschlägen der Rede und der „Opinions“ und bittet nur, den richtigen Augenblick zum Losschlagen zu benutzen, aber dann kein Quartier zu geben, die „Köln. Ztg.“, als alte Helfershelferin aller dieser reactionären Umtriebe, will dem Wahlrecht die Lebenswurzel zerstören, und Herr Barth, der Freisinnige, nach seiner Niederlage in Rostock, philosophirte über die Gefährlichkeit des „Mechanismus“ im gleichen Wahlrecht.

Wenn die breite Masse des Volkes sich nicht mit Nägeln und Nähen zur Wehr setzt, wird ihr ihr höchstes Recht ohne Gnade entziffen.

Wer kam aber ernst bleiben, wenn demagogisch die „Deutsche Tagesztg.“ verkündet: „Die „Köln. Ztg.“ verlangt also eine Aufhebung der Gleichheit des Wahlrechts. Wir stehen unbedingt auf dem Boden des allgemeinen, geheimen und directen Wahlrechts. Trotzdem sind wir „Reactionäre“, und die „Köln. Ztg.“ die Vertreterin des einzig wahren Liberalismus?“ Gleiche Brüder, gleiche Rappen!

Schnitz vor Schulgeuten!

In Hamburg erregt gegenwärtig die polizeiliche Bestrafung eines Arbeiters großes Aufsehen. Es handelt sich um einen Arbeiter, der auf einen völlig unbegründeten Verdacht, gebettelt zu haben, vier Tage in Haft gehalten wurde, ehe man sich dazu sequente, durch eine einfache Anfrage in dem Geschäft, wo er sich nach der Verhaftung des Polizeibeamten des erwähnten Vergehens schuldig gemacht haben sollte, die Haltlosigkeit der Beschuldigung feststellen. Der Mann schübert sein fast ungläubiges Erlebnis wie folgt:

„Ich hatte am Dienstag, den 9. d. Mts., Abends gegen 7 1/2 Uhr, in einem Geschäft in der Niederstraße Einkäufe gemacht und

Die Fürsten der Börse.

Roman von Wassily Remitrowitsch-Danischenko.

Uebersetzung aus dem Russischen von Dr. A. Marlow und E. Straß.

Trotzdem verfolgten ihn traurige, finstere Gedanken. Bängig vergessene Träume und Bilder erschienen ihm und stellten sich in ihrer ganzen Fährlichkeit seinen Augen dar. Gott, was hatte er denn so Böses gethan? Seine Geschichte war eine ganz gewöhnliche, alltägliche, und Tausende von Menschen haben sich desselben Verbrechens schuldig gemacht! — Als Sohn eines bankrotten Kaufmanns in einer Kreisstadt fiel Korotkowsky schon in seinen Kinderjahren durch sein Talent auf, so daß ein benachbarter reicher Kaufmann sich den Sohn ausbat und ihn nach dem Auslande führte. Korotkowsky studirte hier und arbeitete fleißig. Er wuchs theils in dem prächtigen Neapel, theils an dem warmen blauen Meere, theils in der alten Roma auf. Seine Begabung entwickelte sich in der Welt der Leidenschaften, unter dem brennenden blauen Himmel. Als er, kaum erwachsen, in die nordische Heimat zurückkehrte, erwarb er sich schon durch seine erste Ausstellung einen Namen. Kaum achtzehn Jahre alt, wurde schon von der Welt bemerkt.

Dann ging er wieder nach Italien zurück. In Cornigliano bei Genua schloß er sich von der Außenwelt ab und malte.

Neben ihm wohnte eine russische Familie, und Landbesitzer schloßen bekanntlich im Auslande schnell Bekanntschaft. In zwei Monaten war der noch nicht 20 jährige Korotkowsky verheiratet. Die ersten Flammen der Leidenschaft erloschen, und das junge Ehepaar merkte leider nur allzu bald, daß der eine für den anderen nicht passe. Ein Jeder schien die eigene Sprache zu sprechen, hatte seine eigenen Ge-

denken. Der erste Reiz, die Frau eines Künstlers zu heißen, hatte für die junge Gattin bald nichts Anziehendes mehr. Dazu kam materielle Noth, denn sie hatte auch kein Vermögen. Er verschwand jetzt öfter von Hause, und sie schaffte sich, nach italienischer Sitte, einen Hausfreund an. Korotkowsky achtete nicht darauf. Der schlechte Tenor wurde bald mit einem schlechten Componisten vertauscht, an dessen Stelle trat ein Offizier, und dessen Nachfolger wurde wieder ein russischer Fürst.

Korotkowsky stand mit den ersten allen auf dem Dufusse, den Fürsten aber wollte er eben fordern, als dieser nach Rußland verschwand und zufälligerweise Korotkowsky's süße Gemahlin mit sich nahm.

Leontii Petrowitsch sah über Alles hinweg und beschloß, sich um Nichts mehr zu kümmern. Man erzählte ihm bald, daß seine Frau jetzt ein Verhältniß mit einem Kaufmann, einem Eisenbahnunternehmer, angeknüpft habe, — und er schien kaum erstaunt darüber.

„Du lieber Gott, es giebt ja viel Korotkowskys auf Gottes Erdboden! Was kümmert es mich! Sie kann leben, wie sie will, wenn sie mich nur in Ruhe läßt!“

Zwei Jahre nachher bekam er einen Brief von ihr und warf ihn ungelesen ins Feuer.

Er wollte mit der Vergangenheit vollständig gebrochen haben, und jetzt, jetzt, wo ein Sonnenstrahl sein Leben zu erhellen begann, jetzt stand diese Vergangenheit plötzlich wieder in ihrer nackten grausamen Wirklichkeit vor ihm.

X.

Der Tempel des Gottes Pluto. Andrej Fedorowitsch Stoljeschnikow ist heute nicht wieder zu erkennen. Seine raschen Bewegungen, seine Gutmüthigkeit, seine Lustigkeit sind verschwunden. — sind im Coupe zurückgeblieben bei den angelegenen Zeitungen und den Cigarren-

kummeln. — Jetzt sitzt er in seinem Comptoir, und wer ihn auf der Reize sah, wird kaum glauben können, daß dieser Stoljeschnikow und der lustige Reizende ein und derselbe Mensch sei.

Rechnete er nicht Jupiter selbst, so doch bestimmt einem der Olympier. Seine Wimpern sind finstler zusammengezogen, seine Augen blicken kalt und streng. Er hat keine Zeit, — er ertönt Audienzen, von denen jede nur einige Minuten dauert. Die Uhr liegt vor ihm auf dem Tisch, denn die Zeit ist Geld und ist in Secunden eingetheilt. — Und er hat ein Recht, auf sein Comptoir und auf sich selbst stolz zu sein. Kaum ist wohl jemals dem Olympier Pluto ein stolzerer Tempel errichtet worden. Ringsum erblüht das Auge nur Marmor und Polirarbeit. Hintern den Gittern der Kasse, in soliden Käfigen, sitzen zwei eigenartige Vögel, zwei Hülfsarbeiter, so dilschnäuzig und dilschlappig, daß sie der echten Dogge Concurrency machen könnten.

Selbstverständlich sind diese Buchhalter die bewährtesten Leute ihres Berufs. Labeledlos, doch nicht auffällig gekleidet, in blendend weißer Wäsche, bespritzt mit duftendem Eau de Cologne, sitzen sie reynungslos über ihre Folianten vertieft und rechnen riesige Ziffern. Majestätische Säule herrscht hier. Selbst die Deponenten sprechen, wie von heiligem Schauer erfaßt, hier nur in flüsterndem Tone. Nur das Kreischen und Schnarren der Feder ist vernnehmbar, und die Besucher lauchten diesen Tönen, als wäre es die schönste Musik.

Das Sonnenlicht scheint, durch die riesigen Spiegel an den Wänden gebrochen, hier erhellend beschheidener zu glänzen. Mit großer Ehrfurcht wagt sich das Licht der Sonne auf das erhabene hohe Gesicht des zweiten „Geschäftsführers“, der den Besuchern durch sein ehrwürdiges Aussehen jederzeit großes Vertrauen einflößt. Dann verlieren sich die Sonnenstrahlen in einem Augenblick in dem Fadenhaat eines alten würdigen Herrn, der eine Zeitung studirt. Frauen wie Männer dämpfen

besond' mich auf dem Wege nach dem Berliner Bahnhof, als ich an der Ecke der Schillerstraße plötzlich von einem Manne festgehalten wurde, der sich als Postbeamter in Civil legitimierte und mich wegen Fahrens verhaftete. Ich war natürlich überaus überrascht über diese Festnahme und nicht wenig entsetzt, da ich mich gerade auf dem Wege zum Bahnhof befand; der Beamte sagte mir aber auf den Kopf zu, ich hätte in dem Geschäft in der Mittenstraße gebedelt. Meiner Aufforderung, mich gefälligst mit mir nach dem Geschäft zu geben und sich zu erkundigen, kam der Beamte nicht nach, sondern mich vielmehr an und bestellte mich nach der Festnahme auf den Bahnhof. Obgleich ich nun ein Fedel bei mir führte, in dem die eingekauften Waaren, als Kaffee, Saft etc., enthalten waren, und obgleich ich eine Fülle von Legitimationspapieren, als Meldechein, Invalidenliste, Militärpapiere etc., aufstellen konnte, als denen hervorgeht, daß ich in Begleitung seit länger Zeit wohnehnd, verheiratet, Familienvater und in fester Arbeit bin, obgleich ich seiner sehr anständig gelebt war, wurde ich dennoch in Haft gehalten, Morgens gegen 4 Uhr nach der Heftigkeit dem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden. Ich mußte dann bis Sonnabend, den 13. d. M., Nachmittags, in Untersuchungshaft sitzen. Erst an diesem Tage fühlte man sich veranlaßt, mit mir in einer Troststube nach dem Geschäft in der Mittenstraße zu fahren und sich zu erkundigen, ob ich dort gebedelt hätte. Da mich nichts daran war, daß ich dort gebedelt hätte, so wurde ich schließlich freigelassen. Was hat der Polizeibeamte meiner Aufforderung nicht Folge geleistet, logisch am Dienstag Abend diese Nachfrage in dem Geschäft zu stellen? Was hat mich erst ohne Grund fast vier Tage in Haft gehalten, während meine Frau und meine Kinder in Angst und Sorge um mich schwebten? Warum? — Wird die Polizeibehörde hierauf Antwort geben?

Der Beamte müßte außer einer Strafe auch Schadenersatz an den Beschädigten leisten, denn würden solche Uebergriffe schon unterbleiben.

Socialdemokratie und Einquartierung.

Es kann ausnahmsweise auch einmal sein Gutes haben, wenn man Socialdemokrat ist. Aus Arnstadt in Thüringen schreibt man: Hier ist zur Zeit militärische Einquartierung, die zur Folge hatte, daß die hauptsächlich von den hiesigen Socialdemokraten besetzten Locale seitens der Militärbehörde beschlagnahmt wurden. Das machten sich sofort einige parteigenössliche Hausbesitzer zu Nutze, indem sie der Militärbehörde offen erklärten, Socialdemokraten zu sein. Sie mußten deshalb mit demselben Maße gemessen werden, wie die Saalbesitzer. Die Militärbehörde hat sich dieser einfachen Logik gefügt und die socialdemokratischen Hausbesitzer bleiben von der militärischen Einquartierung freigestellt! Wenn die Militärbehörde auf diesem Wege fortfährt, kann sie Socialdemokraten überhaupt nicht mehr zu Soldaten rekrutieren.

Militarismus und Landwirtschaft. Aus dem Jagelheimer Grunde wird der „Frankf. Stg.“ von einem Landwirthe geschrieben:

Vor einigen Tagen wurde durch die Kreisämter bekannt gemacht, daß in der Zeit vom 10. bis 13. August und vom 16. bis 20. August von Morgens 7 Uhr bis Nachmittags 3 Uhr Schießübungen abgehalten werden, und zwar durch die in Mainz garnisonirten Regimenter 87 und 88, wobei ein Zerrain von etwa 6000 Morgen abgepflügt werde. Man denke sich in die Lage der von dieser Abpflügung betroffenen Landwirthe! Inzwischen der Seuchen- und Weizenratte wird in Rheinpreußen neun Tage hindurch mit nur zwei Tagen Unterbrechung ein Gebiet abgepflügt, das durch seinen Reichtum an Frucht weithin bekannt ist. Man könnte glauben, die Militärbehörde habe sich erst mit den Bürgermeistern und größeren Grundbesitzern über die Zeit der künftigen Abpflügung verständigt. Nichts von alledem ist jedoch der Fall, rein willkürlich nach Gutdünken der Militärbehörde wird der Landwirth an der Einbringung seiner Ernte gehindert! Trotz der Proteste bei den Kreisämtern und beim Ministerium des Innern wird jetzt wiederum früh 6 Uhr früh los geschossen. Das nennt man „wenn für die Landwirtschaft“ einreden! Gericht wurde durch den Richter eine Abpflügung der Geländebepflügung bis Mittags 12 Uhr täglich mehr konnte selbst die heftigste Regierung nicht erreichen.

Sache des Reichstages wird es sein, zu dieser militärischen Praxis entscheidende Stellung zu nehmen.

Der Kampf gegen die Gefängnisarbeit soll in nächster Zeit sowohl von den dabei zunächst betroffenen Gewerkschaften, als auch von den in Frage kommenden Arbeitern mit erneuten Kräften aufgenommen werden.

unvollständig ihre Stimme, wenn sie mit diesem Gewaltigen sprechen. Man hält ihn auch nur seiner äußeren Erscheinung wegen. Es ist der General Spießi Dubajon. Seine ganze Pflicht besteht darin, Zeitungen zu lesen und mit den Befehlshabern zu sprechen. Seine Unterhaltung mit ihm ist meistens ein Dienst, sein Ambier ein Seufzer eine Gnade. Wenn er anwesend ist ein Hof Bedientener hinstellen, so weiß er sie verächtlich an einer der Dachbalken und sagt nur „Dort!“ — Aber auch er hat ein paar, betrachtet sich von oben bis unten, hinstellt eine Stunde lang, und dann sagt er es, die Thür zu öffnen, wenn er in das Allerhöchste in das Zimmer des Dignitären Stiefelputzer tritt. Hier ist Stiefelputzer — Plink plink in einem Seufzer aber ein Lächeln auf einem Sonnenstrahl.

Ueberhaupt verliert man sich in diesen Comedien. Kommen Sie mit Geld, so sehen Sie ganze Reihen solcher Leute, die in derselben Kleidung gekleidet, hängen und gebildet werden, bis man sie anfaßt. An der Thür steht ein Portier mit einer Geigenkassette auf der Brust und sagt Sie werden in das Zimmer mit dem Worte „Dort!“ Rufen Sie an einer der zahllosen Dachbalken herum, so hat er Sie, der Kopf halb neigend, an und sagt dann ebenfalls „Dort!“ In jenen „Dort!“ nimmt man Ihnen das Geld ab, pflückt es durch, schickt ein höfliches Wort an und Ihnen das Geld wieder reichend, sagt man Ihnen ein weiteres „Dort!“ zu, das heißt: an die Kasse. Schließlich werden Sie so ungenügend und so empfindlich, daß Sie einer neben Ihnen laut hochschreienden Dose mit dem Namen Rufe stehen und ihr ebenfalls geschmeißeltes „Dort!“ rufen. — Die Kasse hat das Wort. Der „Schiffbringer“ spricht hier, heißt, macht sich einige Notizen über das Geschick und läuft dann durch den Hof zum Hofmeister an. Auf dem „Hofmeister“ steht er die Thür und tritt mit einer feinen Bekleidung in das Zimmer.

verschiedenen Berufsweigen, bei den Schuhmachern, Bindern etc., wird gegenwärtig Material über die Ausbreitung der Strafanstaltsarbeit, die Methode der Arbeitsvergebung in Zuchthäusern und Gefängnissen und die dadurch bewirkte Schädigung der freien Arbeiter sowie der selbstständigen kleinen Meister gesammelt. Dies Material soll zur Begründung von Massenpetitionen der Beteiligten an den neuen Reichstag dienen, in denen eine wesentliche Einschränkung oder Umgestaltung der Zuchthausarbeit gefordert werden wird.

Neue politische Notizen. Dementirt wird vom Darmstädter Tagebl. seine Nachricht, daß zur Assistentin des Fabrikinspectors für den Kreis Offenbach die Oberwärtin an der Landes-Irrenanstalt Heppenheim, Fräulein Hauser, in Aussicht genommen ist. Wozu legt das Blatt denn erst solche Nachrichten in die Welt? — Daß polnischen Schauspielern aus Warschau von der preussischen Regierung verboten worden sei, in der Provinz Polen aufzutreten, wird in der „Post“ dementirt. — Für die Reichstags-Nachwahl im Kreise Pritz-Saahig wollen die „radicalen Antisemiten“ (germanischer Volksbund), wie die „Volkszeitung“ meldet, den bei den Hauptwahlen in Neustettin durchgefallenen Professor Dr. Paul Förster als Candidaten aufstellen. — Zweiundfünfzig wegen jugendlicher „Umtriebe“ nach Tripolis verbannte Militärpersonen wurden vom Sultan begnadigt und in ihre früheren Charsas wieder eingeleitet. — Die türkische Expedition nach Kreta ist in der Erwartung der Erziehung der türkischen Soldaten, deren Dienst zu Ende ist, in zunehmender Anzahl von sämtlichen Mächten, mit Ausnahme Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, mit der Erklärung beauftragt worden, sie beizubehalten den Besuch der Pforte nicht erfüllen zu können wegen der Unmöglichkeit, die dem Admiralat gegebenen Instruktionen zu ändern. Die wünschliche Uebermittlung dieser Instruktionen ist am Dienstag an die Pforte durch die Botschaften erfolgt. — Die canadische Küstenverteidigung wird bedeutend verstärkt. Man glaubt darin die Folge eines möglichen Konflikts zwischen Rußland und England zu erblicken. Eine Verstärkung von sechs Kriegsschiffen wird unverzüglich aufgestellt werden, um den Hafen von Vancouver zu besetzen. Die Werftstätten der canadischen Pacificbahn erdauern zahlreiche Wagen zum Transport von Truppen.

Ausland.

Nachfrage zum spanisch-amerikanischen Krieg. Nach einer Depesche, die der Consul der Vereinigten Staaten in Hongkong an das Staatsdepartement gerichtet hat, hat Manila sich bedingungslos ergeben.

Die Amerikaner hatten am Mittags des 7. August vor Manila ein Minimum von 48 Stunden geherrscht. Deutsche und deutsche Schwärmer wurden an den beiden folgenden Tagen eingeschifft. Am 9. August Nachmittags wurde erneut die Uebergabe der Stadt gefordert. Das Verlangen der Spanier, eine Frist zu gewähren, damit sie über Hongkong Instruktionen von Madrid einholen könnten, wurde abgelehnt. Am 13. August gegen 10 Uhr begann die Beschießung der Außen-Linien und der äußeren Batterien durch die Kriegsschiffe. Die Subposition bei Manila wurde von den Spaniern geräumt. Am selben Tage verlangte Admiral Dewey die Uebergabe Manilas innerhalb einer Stunde. Auf die Weigerung der spanischen Behörden befehligte Dewey die Stadt mit dem Erfolg, daß die Spanier die weiße Flagge hielten. Von dem Bombardement wurden nur die Vororte betroffen, die Stadt selbst hat keinen Schaden erlitten.

Die Lage auf den Philippinen hat mit dem Fall Manilas eine für Amerika bei den definitiven Friedensverhandlungen sehr günstige Wendung genommen. Bekanntlich ist in dem Protokoll des Präliminarfriedens das Schicksal der Philippinen noch offen gelassen worden. Jetzt, da Amerika im Besitz des wichtigsten Theils der ganzen Inselgruppe ist, dürfte es nicht gehen, von dem erzwungenen Vortheil Gebrauch zu machen und sich erstlich den demselben Besitz Manilas zu fügen. Jedenfalls kam der Uebergabe die letzte Waffenthat Dewey und Merritt sehr gelegen.

Die Eingeborenen der Philippinen sind nunmehr in offener Zwistigkeit mit den amerikanischen Truppen gefahren. Einer telegraphischen Meldung des „New-York Herald“ aus Hongkong zufolge, hätten die Amerikaner mit der Streitmacht Aguinaldos Divergenzen gehabt. Diese hätten aus Unzufriedenheit darüber, daß man sie an der aus dem Falle Manilas sich ergebenden Vortheile nicht theilhaben ließ, gementert und die Amerikaner in den Sanjagros angegriffen.

„Das geht's!“ fruchtlos Entschlossen unzufrieden. „Demnach Socialdemokraten hätte Sie heute Abend zu sich. Richtige Nachrichten...“ Sie rufen, daß morgen wieder eine große Anzahl Arbeiter des „Schiffers“ an die Börse kommen und sehr richtig verhandeln werden sollen.

„Aber Sie haben nicht geantwortet und marmelle: „Das verziehe, wer kann! Ist Socialist da?“ wandte er sich an den Unglückseligen.

„Er wandt!“ „Scheiden Sie ihn zu mir!“

„Hörlicher verdammt der Feind!“ aus dem Cabinet, aber's mühsamer gleitet er im Rathhammer an einem eymingung anstehenden, erkennend geistigen Juten herum, der dort im Seufzer Platz genommen hatte, und überreichte ihm, auf die Thür gehend, zu „Dort hinein!“

„Aber Sie haben nicht geantwortet, nach der kurzen einfach Möglichst gemant, wüßte ich mit dem letzten Aufschrei der Camis von den Eternen, auch ich mit den benetzten Fingern des Hant paroch und mit auf den Juten in das Zimmer des „Herrn“ Jute.“

„Unter Tag, Kometen...“ Ich bin mit Ihnen zufrieden... — Sie erklären doch Ihre Gewissheit?

„Schweigend verweigert ich Antwort.“

„Demnach Socialdemokraten hätte mir mit, daß morgen wiederum eine große Anzahl Arbeiter des „Schiffers“ an die Börse kommen werden!“

„Abermals eine hundertprozentige Bekämpfung von Seiten Socialist!“

„Ich kann es ganz und gar nicht begreifen, was dies zu bedeuten hat. Die Gewissheit ist gut genug; die Hauptfrage der Arbeit sind in weiten und weiten's Fäden; wer könnte ein Jutrecht haben, gegen mich zu intriguieren?“

Das Verhältnis zwischen den Cubanern und Amerikanern ist und bleibt ein überaus gespanntes. Der Londoner „Standard“ meldet aus New-York, daß amerikanische Spionagesysteme habe entdeckt, daß die Cubaner beabsichtigten, die Stadt Santiago zu besetzen, als General Scafter mit seinen Truppen die Stadt verlassen hatte. Man plante, alsdann die cubanische Flagge zu hissen. Die Amerikaner erfuhren dies und ließen die Umgebung der Stadt absperren. Ein Telegramm aus Santiago meldet, daß die Cubaner über die Behandlung seitens der Amerikaner sehr erzürnt seien, besonders seit dem Tage, an welchem ein Cubaner durch eine amerikanische Schildwache erschossen wurde.

Die spanischen Generale, welche aus gekränktem Ehrgefühl ihre Posten verlassen wollten, müssen bleiben. Die spanische Regierung ist übereingekommen, die Entlassungsgesuche der Generale auf Cuba, Porto Rico und den Philippinen zurückzuweisen. — Damit stimmt überein eine Meldung des „Temps“ aus Madrid, der zufolge die Regierung dem Marschall Blanco und allen auf den Antillen befindlichen Generalen befehlen wird, auf ihren Posten zu bleiben, bis die Räumung der Inseln vollzogen ist.

Ueber einen Zwischenfall auf Porto Rico meldet der amerikanische General Wilson aus Ponce unter dem 16. August, nachdem die spanischen Truppen am Sonnabend Calles geräumt hatten, sei von den Einwohnern die amerikanische Flagge gehißt worden. Die Truppen seien darauf zurückgekommen, hätten die Fahne heruntergerissen und 90 Personen mit Messern getödtet.

Holland in Noth!

Die Amsterdamer Bauarbeiter erregen jetzt die Entrüstung aller lokalen und patriotischen Seelen. Die Königin Wilhelmine, die 18 Jahre alt, somit volljährig geworden ist und selbstständig die Regierung übernimmt (11), wird sich im September in Amsterdam krönen lassen. Das soll nun natürlich unter großen Feierlichkeiten vor sich gehen, unter dem bei solchen Gelegenheiten üblichen Aufwand an Fahnenzügen, Triumphbögen, farbigem Luch und Gypsornamentik. Seit einigen Wochen sind bereits die Festvorbereitungen im Gange. Da plötzlich wirt ein Aufstand der bei den Arbeiten beschäftigten Zimmerer auf die bevorstehende Krönungsfeier, auf alle diese lokalen Stangen und patriotischen Tribünenbreiter einen dunklen Schatten. Die Zimmerleute verlangen eine Lohnerhöhung von 23 auf 25 Cents für die Stunde und statt elf zehn Stunden Arbeitszeit, und da die Unternehmer der Forderung nicht nachgeben wollen, sind sie in den Ausstand getreten. Man kann sich vorstellen, wie diese Gelegenheit ausgenutzt wird, den ununterständlichen Sinn der Arbeiter, deren Begehrlichkeit nicht einmal vor der Krönungsfeierlichkeit stillhält, herauszufstreifen. In der ganzen capitalistischen Presse erhebt sich die bewegliche Klage, der Einzug der Königin hätte unter großartigen Feierlichkeiten geschehen sollen, und jetzt werde das Gerücht verbreitet, die Königin werde, falls der Streit bis zum 15. August nicht beendet ist, alsbald nach Belgien des Landes auf die Verfassung und Entgegennahme der Subsidigungen die Hauptstadt wieder verlassen. Schrecklich! Und an diesem drohenden holländischen Nationalunglück ist nur die unverschämte Gier der Zimmerleute schuld, die um zwei Cents für die Stunde an Lohn mehr verlangen.

Selbstverständlich ist das Vorgehen der Amsterdamer Zimmerleute nur auf die schwarze Absicht der vaterlandslosen Socialdemokratie zurückzuführen, die gulestimmten Spießbürger um ein patriotisches Vergnügen zu bringen. Daß die Arbeiter so klug sind, eine günstige Kampfgelegenheit auszunutzen, setzt die Unternehmervresse in Aufregung; eine einfache, selbstverständliche in der Geschichte der Lohnkämpfe sich hundert Mal wiederholende Thatsache wird im Lichte dieser Verwödrung und boshafter Entweihung der bekannten heiligsten Geschichte der Nation dargestellt. Und doch haben es die Unternehmer so leicht, die Absicht der Beschwörer zu durchkreuzen, sie brauchen bloß die bescheidenen Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Daß sie es ohne Gefahr des Verlustes könnten, beweist der Umstand, daß die großen Unternehmer zum Nachgeben bereit wären, nur die kleinen, die ihre Profite lediglich aus der Lohnbrüderlei gewinnen, wollen nicht. Die Sache steht demnach so, daß die Amsterdamer patriotischen Unternehmer lieber die ganzen Krönungsfeierlichkeiten in die Brüche gehen und das bisher aufgebaute abreißen lassen wollen, als daß sie auch nur einen Theil ihres Profits abgeben. Ihr Patriotismus ist ihnen die paar Pfennige Tageslohn mehr nicht werth. Nun, daß weiß man ja schon lange und nicht bloß von Holland her, daß sich der Patriotismus der Capitalisten nach der Höhe der Profite misst, die er abwirft, und es ist daher nur logisch, daß sie ihn zur Seite werfen, wenn er ein schlechtes Geschäft zu werden droht.

Die czarische Regierung und die Polen.

Die „Times“ veröffentlichten ein dem Blatte von einem polnischen Revolutionär zugeschnittenes, amtliches Schriftstück, einem Bericht des Warschauer Generalgouverneurs Fürsten Jmerentinski mit Randbemerkungen des Czaren und einem ministeriellen Gutachten. Jmerentinski giebt zu, daß die Verwaltung in Folge der Corruption der Beamten eine miserable ist und die Polen vollkommen recht hätten, wenn sie damit unzufrieden sind.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß eine Ausbreitung der socialistisch-revolutionären Strömungen wahrnehmbar sei. Die Bauern, welche nach dem Aufstande von 1864 von der Gerechtigkeit befreit wurden und freies Verfügungsrecht über das von ihnen bebante Land erhielten, sahen wohl zu Anfang in der russischen Regierung ihre Wohlthäter, heute aber sei in Folge des Glens dieser kleinen Parzellenbesitzer eine allgemeine Unzufriedenheit eingetreten. Die industriellen Arbeiter aber, so heißt es weiter, stehen im regsten Verkehr mit ihren Genossen in Westeuropa und lernen von ihnen. Besonders läßt die Idee des Genossenschaftswesens, welche von geheimen Verbänden gepflegt werde, weite Verbreitung. Als Gegenmittel empfiehlt Jmerentinski den Ausbau der Fabrikgesetzgebung. Dann kommt er auf die confessionellen Gegensätze zu sprechen und empfiehlt Mittel zur Ausbreitung des orthodoxen russischen Glaubens, will aber sonst Toleranz walten lassen. — Der Czar macht zu alledem einige nichtssagende Bemerkungen, des Ministerium aber entscheidet sich in allen Punkten für unbedingte Aufrechterhaltung des bestehenden Systems und will von irgendwelchen Reformen nichts wissen. — Die Politik der Entrossung wird also weiter geföhrt werden in dem unglücklichen Lande, während die socialen Kräfte immer mächtiger gegen dieses System sich auflehnen.

Aus Galizien.

Am Sonntag fand in Lemberg eine Versammlung statt, an der Reichstags- und Landtagsabgeordnete der demokratischen und Volkspartei theilnahmen. Unter dem Ausdruck des Be-

bauerns über die Ausföhrungen wurde eine Resolution angenommen, in der die Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Standrechtes verlangt wurde. Es wurde eine Commission gewahlt, die dahin wirken soll. In Kratau fanden Hausdurchsuchungen bei drei Socialisten statt, es wurden Zeitungen und Auftrufe confiscirt und zwei Genossen verhaftet; gegen alle wird ein strafgerichtliches Verfahren eingeleitet.

Reform des Getreidehandels in Rumänien.

Von gut unterrichteter Seite geht der „Kölnischen Ztg.“ eine längere Darstellung zu, wonach die rumänische Regierung beabsichtigt, den Getreidehandel Rumäniens und zwar in erster Linie den Binnenhandel in tief einschneidender Weise im Interesse der Landwirtschaft umzugestalten. Es sollen staatlich verbürgte Lagerweine geschaffen werden, welche dem fremden Capital zum Verkauf angeboten werden sollen. Des weiteren werden die rumänischen Staatseisenbahnen in den meisten Stationen Getreidebrennereien bauen. Die rumänische Regierung beabsichtigt, die Gesamtorganisation einer unabhängigen Ueberwachungscommission zu unterstellen.

Amerika. An Stelle Days ist der bisherige amerikanische Vizepräsident in London, Mr. Hay, zum Staatssecretär des Auswärtigen ernannt worden. Washingtoner Telegramme betonen die hohe Bedeutung der Ernennung Days. Es verlautet, diese Ernennung bedeute ein engeres Einvernehmen zwischen der Union und England in den Fragen des fernen Ostens. Zur gehörigen Zeit würden beide Staaten förmlichen Pakt einlegen gegen die Schließung des chinesischen Marktes seitens einer einzelnen Macht oder einer Gruppe von Mächten.

Die Socialdemokratie und die Landtagswahlen.

Zu der Frage, ob und wie unsere Partei sich an den preussischen Landtagswahlen zu beteiligen habe, liegen zahlreiche Aeußerungen auch bürgerlicher Blätter vor.

Selbstverständlich ist an dieser Frage von gegnerischen Parteien in erster Linie der Freisinn interessiert. Seine Organe erörtern dieselbe denn auch am eingehendsten und lebhaftesten. Die „Post-Zeitung“ weist darauf hin, daß die freisinnigen Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus seither außerordentlich schwach dastehen. Der „radikale Liberalismus“ kam hier nur bescränkt zur Geltung. Das Abgeordnetenhaus zählt 433 Mitglieder; davon gehören nur vierzehn der freisinnigen Volkspartei und sechs der freisinnigen Vereinigung an. Zählte man zu diesen liberalen Gruppen noch die national-liberale Partei mit 83 Mitgliedern, so verfügte diese Linke insgesamt nur über 105 Stimmen, während die conservative Partei allein 141 Mann stark war, zu denen noch sechs Abgeordnete kamen, die keiner Partei angehörten. Außer diesen sechs Wahlen verfügten 63 Mitglieder der freiconservativen Partei die Macht der Rechten. Selbst wenn das Centrum mit seinen Anhängern zu der Linken stieße, schwankte das Bündnis an der Waage. Das hat man besonders bei der Rathung der Vereinsrechtsnovelle gesehen.

Die „Post-Ztg.“ meint nun, gerade bei dieser Verhandlung habe sich gezeigt, welche Bedeutung es für die Socialdemokratie hat, ob im Abgeordnetenhaus die Rechte oder die Linke um eine Anzahl Stimmen verstärkt wird. Die Gesetzgebung über die Vereine und Versammlungen ruht trotz der Zuständigkeit des Reiches gegenwärtig im Staat. Aber auch die Maßnahmen zur Wegnahme des Großgrundbesitzes können ebenso wenig wie etwaige Anordnungen auf dem Gebiete der Schule der Socialdemokratie gleichgültig sein. Ihr eigener Vorteil erfordert daher die kräftige Unterstützung der Linken, während jeder Angriff auf den Bestehenden der Linken deren Kraft zersplittert und schwächt und daher der Rechten zu Gute kommt.

Unsere Leser dürften sich entsinnen, daß wir diese und ähnliche Erwägungen schon im vorigen Jahre bei unserer Eirtreten für die Beteiligung in recht umfassender und gründlicher Weise angestellt haben, und zwar immer unter dem großen, allgemeinen Gesichtspunkt, daß es gelte, die Macht des Junkertums zu brechen und ein weiteres Vordringen der Reaction sowohl in Preußen selbst, als von da aus im Reich zu verhindern.

Uebersichtlich mit der Ansicht anderer freisinniger Organe geht die Ansicht der „Post-Ztg.“ des Weiteren dahin, daß die Socialdemokratie keine Aussicht habe, Mandate für das Abgeordnetenhaus zu gewinnen; wohl aber könne ihre Wahlbeteiligung in einer großen Anzahl Wahlkreise, namentlich auch des platten Landes, trotz der Dürftigkeit der Abstimmung die Wirkung haben, daß die bisherige conservative Mehrheit gründlich erschüttert werde. Dieser Erfolg sei uns so eher zu erwarten, je rückhaltloser socialdemokratische Wähler an der Aufstellung liberaler Mandatäre mitwirken. Je schroffer sie dagegen auf socialdemokratischen Candidaturen bestanden, um so sicherer besorgten sie die Geschäfte der Conservativen. Auf dem socialdemokratischen Parteitag sei ausgeführt worden, daß es darauf ankomme, die Bildung einer rein conservativen Mehrheit zu verhindern und die Rechte zu schwächen, daß aber zu diesem Zweck auch liberale Wahlen zu fördern seien. Wollten dagegen die Socialdemokraten weiter nichts als ihre eigene Kraft durch selbstständige Candidaturen erproben, so würden sie damit lediglich eine eitle und gegebene Veranstaltung, ohne nennlichen Einfluß auf die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses ausüben.

Die „Frankfurter Ztg.“ schreibt: „Von einer Vorbereitung der in wenigen Monaten bevorstehenden Landtagswahlen, die über die Zusammenfassung des preussischen Abgeordnetenhauses in den nächsten fünf Jahren entscheiden werden, ist bis jetzt wenig zu merken. Nur die Socialdemokratie giebt sich, mit dem Geiste eines Neubekämpfers, der Beschäftigung mit dieser Materie hin; der Erfolg, den die Beteiligung der Socialdemokraten an den diesmaligen Wahlen erzielen wird, ist ja auch aller Wahrscheinlichkeit nach entscheidend dafür, ob der Versuch später wiederholt über die bisherige Tactik wieder aufgenommen wird. Man darf von vornherein den Erfolg, den die Socialdemokratie erzielen kann, nicht allzu hoch anschlagen. Erfolge kann sie, das bringen die öffentliche Abstimmung und die mit der Ausübung des Wahlrechts verbundenen Schwierigkeiten schon mit sich, wesentlich nur in den größeren Städten und Industriecentren haben, und auch hier wird sich der Erfolg in der Regel auf die Durchführung von Wahlmännern der dritten Abtheilung beschränken. Nicht immer wird sie selbst in solchen Fällen in die Lage kommen, aufschlaggebend zu wirken. . . . In kleineren Städten und auf dem Lande würde die Beteiligung der Socialdemokratie vielleicht aber von Erfolg begleitet sein können, wenn nicht der Beschluß des Hamburger Parteitages es den Parteigenossen zur Pflicht machte, sich an den Wahlen, wenn überhaupt, nur durch Aufstellung eigener Wahlmänner zu beteiligen. Bekanntlich ist aber schon das Bekanntheit zur freisinnigen Partei in vielen Fällen mit schweren wirtschaftlichen Nachtheilen verbunden. Ob aber z. B. auch nur ein Einziger der Hurlandwägen von Beamten und in Staatsverhältnissen beschäftigten Arbeitern es wagen wird, sich öffentlich zur Partei des sogenannten Umsturzes zu bekennen? Es ist auch nicht zu vergehen, daß die Stimmabgabe bei den Landtagswahlen zum Unterschied von den Reichstagswahlen, wo sie oft nur ein Opfer von Minuten beansprucht, mehrere Stunden erfordert, unter Umständen auch, wenn eine Stichwahl notwendig ist, einen halben Tag kostet, und daß, da alle Wähler, die ihr Stimmrecht ausüben wollen, zur selben Stunde antreten müssen, die Beteiligung auch

nur von etwa 50 Procent — gewiß ein außerordentlich hoher Procentfuß — für die meisten Werkstätten und Fabrikbetriebe mit einer Einstellung der Arbeit für einen ganzen Tag oder die größere Hälfte des Tages verbunden sein würde. Daß hier der Reim zu zahlreichen Conflicten liegt, leuchtet ohne Weiteres ein. Wenn nicht der Sonntag zum Wahltag gemacht wird, kann unmöglich bei den Landtagswahlen auf eine starke Beteiligung der Wähler gerechnet werden, es sei denn, daß die Bezirke so klein gemacht werden, daß der Wahlgang sich in einer Stunde höchstens abwickeln kann. Vermuthlich wird aber der Regierung ebenso wenig, wie den conservativen Parteien an einer starken Wahlbeteiligung gelegen sein, sonst müßte diese Art der Ausführung, die allein schon die Unmöglichkeit des Massenwahlsystems darthut, sie ganz gewiß bestimmen, es abzuschaffen oder doch mindestens die Wahlhandlung auf den Sonntag zu verlegen. Es wird also gerathen sein, an die Beteiligung der Socialdemokratie an den diesmaligen Wahlen nicht zu große Erwartungen zu knüpfen. Andererseits aber kann sie doch in verschiedenen Wahlkreisen von erheblicher Bedeutung sein, da bei der geringen Wahlbeteiligung schon ein geringer Procentfuß socialdemokratischer Wähler bei vielen Wahlmännerwahlen den Ausschlag geben kann.“

Die „Breslauer Zeitung“ läßt sich aus Berlin schreiben: „Die Frage, welchen Einfluß eine Beteiligung der Socialdemokraten auf den Ausfall der Landtagswahlen ausüben würde, ist seiner Zeit in Antkündigung an die auf dem socialdemokratischen Parteitag über das Thema gepflogenen Verhandlungen, in der Presse, speciell auch in der freisinnigen Presse, vielfach erörtert worden. Auch diejenigen freisinnigen Meinungsäußerungen, deren Urheber der Ansicht waren, daß dieser Einfluß gerade kein sehr weitreichender sein würde, gelangten doch zu dem Schlusse, daß die Socialdemokratie nur in ihrem eigenen Interesse handeln würde, wenn sie in jedem Falle mit der von ihr bisher bei den Landtagswahlen beobachteten Tactik thätigen Theilnahme ein für allemal bräche. Nach Lage der Dinge ist freilich kaum anzunehmen, daß es den Socialdemokraten — unter der Herrschaft des famosen Dreiklassenwahlsystems — gelingen sollte, für sich selber Abgeordnetensmandate zu erobern. Die Socialdemokraten beabsichtigen aber in Breslau — und es steht zu vermuthen, daß auch anderwärts, wo man in die Wahlbewegung einzutreten beschließt, nach demselben Recept verfahren werden wird — eigene Wahlmänner-Candidaten aufzustellen und alle Anstrengungen zu machen, möglichst viele von ihnen durchzubringen. Es ist möglich, daß sie — immer unter der Voraussetzung einer wirklich energischen Wahlbeteiligung — namentlich in den großen Städten in der That eine beträchtliche Anzahl ihrer Candidaten in das Wahlmänner-Collegium zu entsenden vermögen. Die „Post“ hat vor einigen Tagen ganz richtig darauf hingewiesen, daß die jetzige Gestaltung des Wahlsystems, nach welcher die Rechte der Wähler in die Wahlabtheilungen in den einzelnen Bezirken vorgenommen wird, für die Socialdemokratie da, wo sich die socialdemokratische Einwohnerschaft in bestimmten Quartieren zusammendrängt und sie so gut wie ausschließlich bezieht, nicht eben vortheilhaft in großen Städten, recht günstig ist. Ob nicht hinwiederum die Aufstellung eigener socialdemokratischer Wahlmänner-Candidaten in anderen Bezirken, in denen dadurch nur die Durchführung einer Stichwahl zwischen reactionären und liberalen Candidaten erzielt wird, bei der Besondereit der Wahlhandlung, Ergebnisse im Gefolge haben könnte, die keineswegs den Wünschen der Socialdemokraten entsprächen, ist ein Moment, das die socialdemokratische Tactik, wenn sie gut berathen ist, nicht außer Acht lassen dürfte.“

Die Verhältnisse im Abgeordnetenhaus liegen so, daß jeder einzelne freisinnige Mandatgewinn von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Wie bekannt, stehen gegenwärtig den beiden conservativen Parteien nur einige wenige Stimmen zur absoluten Majorität. Wachsen ihnen durch die Hinzunahme dieser wenigen Stimmen zu, so kann und wird über den Staat Preußen ein schrankenloses Junterregiment à la Adler und Rede hervorgehen. Das zu verhindern, ist es, worauf es bei den Wahlen allen Gegnern der Reaction in erster Linie ankommen muß. Jedes einzelne Mandat, das die linke Seite gewinnt, verringert die Gefahr einer rein conservativen Majorität. Wegen die Socialdemokraten erst einmal von dem Wege veranlassen Prinzipienreiterei auf dem Weg praktischer Politik ein, so wäre es schwer begreiflich, wenn sie aus dem veränderlichen Standpunkt nicht die sich von selbst ergebenden Konsequenzen ziehen wollten. In manchen Wahlbezirken, zumal in solchen, in denen Linke und Rechte über annähernd gleiche Kräfte verfügen, würde dann vielleicht die Entscheidung von der Haltung der Socialdemokraten abhängen.“

(Einde der Rubrik Politische Uebersicht.)

Arbeiterbewegung.

Ueber den formerstrei bei Geiger in Düsseldorf wird geschrieben: Es sind 33 Mann mit 57 Kindern theilhaftig. Kein Mann ist in der Geheerz geblieben. Von den Streikenden sind leider nur wenige gewerkschaftlich organisiert und die wenigen auch nur kurze Zeit.

Eine Reihe partieller Streiks — in den letzten Tagen in Berlin ausgebrochen. Neben den Bauarbeitern, die auf verschiedenen Bauwerken wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen die Arbeit niedergelegt haben, kommen Firmen der Holz- und Eisenindustrie in Betracht. Das Personal der großen Möbelfirma Fort und Archimand befindet sich theilweise im Auslande. Die Tapezierer haben sich vollständig der Bewegung angeschlossen. Wegen der Ablehnung eines Lohnantrags bezw. weil der Tarif nicht in den Arbeitsräumen zum Ausbruch gebracht wurde, sind die Klempner in der Fabrik für Badeneinrichtungen in der Prinzenstraße Nr. 33 in den Streik eingetreten. Ueber eine große Zahl von Bauten sind von den theilhaftigen Organisationen Sperren verhängt worden.

Aus aller Welt.

Aus Berlin. Ein großer Speicherbrand rief Dienstag Abend 10 Uhr einen großen Theil der Berliner Feuerwehr nach der Wichmannstraße 5. In beiden Seitenflügeln des sehr tiefen, bis zum Lüftungswasser reichenden Gebäudes befiel das Transport- und Expeditionsgeschäft von Gustav Krauer große Speichers, die vorwiegend mit Möbeln angefüllt sind. Auf noch nicht ermittelte Weise war im dritten Stock des linken Seitenflügels Feuer ausgebrochen. Obgleich sowohl von der Wichmannstraße, wie vom Lüftungswasser aus mit acht Schlauchleitungen vorgegangen wurde, konnte doch weder der Dachstuhl noch der vom Feuer erfaßte Theil des dritten Stockes gehalten werden. Letzterer brannte vielmehr in einer Ausdehnung von zwölf Metern Front total aus. Der Schaden ist bedeutend.

Eine aufregende Straßenscene spielte sich am Dienstag in Kassel in der Nähe des Königsplatzes ab. Ein zwanzig-jähriges Mädchen, das in einem Corsetgeschäft bedienstet ist, kam plötzlich am ganzen Körper lichterloh brennend auf die Straße hinabgestürzt. Passanten sprangen hinzu um die Flamme zu erlöchen; doch war es leider zu spät! Die Unglückliche brach tödtlich verletzt zusammen. Das Mädchen wird die unanstößbare Unfälle, mit Petroleum Feuer anzumachen, mit dem Leben büßen müssen. Mehrere der löschenden Personen haben ebenfalls erhebliche Brandwunden erlitten. — Wie die Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ melden, verbrannte Dienstag Nachmittag auf offener Straße zu Braunschweig der 72-jährige Friedrich Standmeiser. Derselbe stand im Augenblick in hellen Flammen und ist den erlittenen Brandwunden erlegen. Die Ursache wird darauf zurückgeführt, daß er die brennende Cigarette bezw. Pfeife in die Tasche gesteckt hatte.

Eisenbahnunfälle. Der am 4 Uhr 35 Min. von Coblenz in Röhlin einlaufende Personenzug fuhr in Folge zu späten Bremsens bei langsamer Fahrt auf den Preißhof auf dem Hauptbahnhof auf. Acht Personen rügen unbedeutende Verletzungen davon. — Dienstag Abend wurde auf dem Wegübergang am Berliner Bahnhof in Leipzig ein mit Pflastersteinen beladener Lastfuhrwerk von dem nach Paris eifahrenden Schnellzuge überfahren. Vermuthlich hatte der

Wärter unterlassen, die Schranke zu schließen. Der Geschirrführer erlitt erhebliche Verletzungen, denen er erlegen ist. Die Pferde sind dabei getödtet, der Wagen ist zertrümmert. Durch den Unfall erlitt der Zug 68 Minuten Verspätung. Der Bahnwärter machte einen Selbstmordversuch.

Durch schlagendes Wetter wurden nach der Rhein-Westf. Zeitung“ am Sonnabend Abend auf der Bege Dablbuisch“ bei Rotthausen 5 Bergleute schwer verletzt. Einer der Verletzten starb noch am selben Abend; Sonntag Morgen ist ein zweiter seinen Verletzungen erlegen.

Eine Kesselerplosion fand auf dem Feinblechwalzwerk Rubolfs hütte bei Teplitz statt. Vier Arbeiter sind todt, mehrere verwundet.

Ein Piskolenduel fand am Montag in Preßburg zwischen einem Beamten des Kriegsministeriums und einem Infanterie-Offizier, die aus Wien stammen, in der Militär-Reserve statt. Die Pistole des Offiziers verfehlte, während der Beamte seinen Gegner in den Hals traf, wodurch derselbe sofort getödtet wurde.

Ein gräßlicher Selbstmord wird aus Arab gemeldet: Der Secretär der rumänischen Versicherungs-Gesellschaft, Stephan Lupzai, entleerte sich vollständig, durchschnitt sich mehrere Ader und stürzte sich dann vom zweiten Stock seiner Wohnung auf den Straßendachstuhl, wo er mit zerstückelten Gliedern liegen blieb.

Schiffsuntergang. Das Schiff „E. Funk“ welches mit einer Polgladung nach Melbourne unterwegs war, ist auf hoher See untergegangen. Elf Personen — darunter der Capitän, dessen Frau und zwei Kinder — sind ertrunken.

Ein neues Schandfeuer brach in Nischni Nowgorod Montag Nacht im Arbeitshaus Muzojanilow in Folge unvorsichtiger Umgang eines Arbeiters mit Feuerzeug aus. Die im Schlaf erschreckten Insassen des nur mit einer Holztreppe versehenen Gebäudes sprangen aus den Fenstern heraus. Bis Dienstag Abend wurden 13 völlig verbrannte Leichen unter den Trümmern des niedergebrennten Hauses aufgefunden; viele fehlen noch; man besorgte, daß die Jagd der Todten eine sehr große ist. — Die im Gouvernemente Wilna belegene Stadt Mir ist von einer furchtbaren Feuerbrunst fast vollständig eingeäschert. Ueber 500 Häuser sind ein Raub der Flammen geworden. Ein brennendes Haus stürzte ein und begrub 18 Personen unter seinen Trümmern. Die Abgebrannten lagern auf freiem Felde, das Glend ist groß.

lokales und Provinziales.

Breslau, den 18. August 1898.

*** Soldatenmiffhandlung und ihre Sühne.** Zu dem in unserer Montagnummer berichteten Miffhandlungsfall und die dem Vergehen auf dem Fuße folgende Bestrafung des Schuldigen, Unteroffizier Walter, schreibt die Berliner „Volkszeitung“:

„Es ist mit Genugthuung zu begrüßen, daß in diesem Falle nicht eine Belädigungsklage gegen den Verfasser des Gesuches um Unteruchung herausgekommen ist, sondern daß die gerechte Bestrafung des schuldigen Unteroffiziers die Folge der Anzeige gewesen ist. Auch erkennen wir gern an, daß das Disziplinarsgericht von der sonst vielfach üblichen Heimlichkeit nichts hat wissen wollen, vielmehr von dem Resultat des Verichtsverfahrens rückhaltlos Kunde gegeben hat. Aber eine Frage drängt sich uns doch dabei auf: wie, wenn nun der Einsender der Anzeige sich nicht zu dem Schritt entschlossen hätte, der vorgesehene Behörde von dem schändlichen Treiben des Unteroffiziers Walter Mittheilung zu machen? Wäre es dann auch gelungen, das Treiben des Schuldigen zu inhibiren? Ferner lehrt das Vorkommniß, daß der Arme am besten gebient ist, wenn der Zusammenhang zwischen ihr und dem Volke möglichst eng ist. Denn die Armeeverwaltung selbst wie das Volk, sie haben das gemeinshaftliche Interesse. Miffstände zu beseitigen, welche das Ansehen der Armee aus Schwere schädigen müssen. Und wenn es das Gericht, vielleicht nur aus formalen Gründen unterlassen hat, dem Einsender der Anzeige für sein im Interesse der Menschlichkeit unternommenes Risiko und für seinen der Armee geleisteten guten Dienst zu danken, so ist er des öffentlichen Dankes um so ficherer.“

Wir sind heutzutage in der Lage, den Namen unseres Gewährsmannes, dem dieser Dank gebührt, zu veröffentlichen. Es ist der Tischler Carl Marke in Langenble, Bezirk Liegnitz.

*** Wochenbericht des Nationalen Amtes der Stadt Breslau.** In der Berichtswochen vom 7. August bis 13. August fanden 60 Eheschließungen statt. In der Vormoche wurden 235 Kinder geboren. Davon waren 232 ehelich, 53 unehelich, 2822 lebend geboren (140 männl., 142 weibl.), 3 todgeboren (2 männl., 1 weibl.). Einrücklich der nachträglich Gemeldeten sind 217 Sterbefälle (106 männliche, 111 weibliche) in der Berichtswochen vorgekommen. Todesursachen: Scharlach 2, Masern und Röheln —, Posa 1, Diphtherie 2, Group —, Wochenbettfieber 1, Keuchhusten 6, Unterleibsleishypus —, Ruhr —, Brechdurchfall 10, Magen- und Darmkatarrh 36, andere acute Darmkrankheiten 1, acuter Gelenk-rheumatismus —, andere Infectionskrankheiten —, Krebs 9, Gehirnschlag 7, Krämpfe 17, andere Krankheiten des Gehirns 15, Lungenschwindsucht 26, Lungen- und Brustdrüsen-Entzündung 23, andere acute Krankheiten der Athmungsorgane 3, andere Krankheiten der Athmungsorgane —, Lebensschwäche und Atrophie der Kinder 7, alle übrigen Krankheiten 40, Berührungsgang 6, Selbstmord 1, Unbekannt —, Todtschlag 4.

*** Vermehrung der Sonntage mit erweiterter Geschäftstätigkeit.** Bekanntlich ist in Breslau bei Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe die Zahl der sogenannten freien Sonntage auf die letzten beiden Sonntage vor Weihnachten beschränkt worden und alle Bemühungen, diese Zahl auf 5-6 — wie in fast allen anderen deutschen Handelsplätzen — zu erhöhen, sind bisher ohne Erfolg geblieben. Auf einen seitens der hiesigen Handelskammer erneut und mit besonderem Hinweis auf die Nothlage des Kleinhandels gestellten Antrag an den Herrn Handelsminister ist, wie wir erfahren, nunmehr der hiesige Herr Polizei-Präsident angewiesen worden, an dem Sonntage vor Oftern und an dem Sonntage vor Pfingsten, sowie vorkommenden Falls an dem Sonntage zwischen Weihnachten und Neujahr einen erweiterten Geschäftverkehr im Handelsgewerbe bis zu 10 Stunden zuzulassen. Eine öffentliche Bekanntgabe der Sonntage mit erweiterter Geschäftstätigkeit wird seitens des Herrn Polizeipräsidenten noch in jedem einzelnen Falle rechtzeitig vorher erfolgen.

*** In Sachen der Einführung der Zweipennig-Postkarte** handelt es sich dem „Voranzeiger“ zufolge um eines jener Projecte, die in posthastischen Kreisen im Interesse einer Verkehrs-Verbilligung zur Zeit erörtert werden. Ueber das allererste Stadium der Erwägungen sei der Plan jedoch noch nicht hinausgedrungen.

*** Sagen der Kinder.** In nachkommenswerther Weise schreibt der Landrath des Kreises Soling“ gegen die Beschäftigung der Schulkinder in den Ferien ein. Er macht in einer Bekanntmachung darauf aufmerksam, daß eine Beschäftigung von Schulkindern in gewerblichen Betrieben und Fabriken während der Ferienzeit dem Zwecke der Ferien, die den Kindern zur Erholung und Kräftigung dienen sollen, entgegensteht und daß daher gegen Zuwiderhandlungen auf Grund der §§ 135, 143 und 151 der Reichsgewerbeordnung mit Strafen vorgegangen wird. Die Schwarzmauer, denen jede Behinderung der Industrie an der Ausbeutung von Groß und Klein ein Grindel ist, werden nicht ermarken, nach beliebigem Muster gegen den Landrath von Soling vom Leder zu ziehen mit der beliebigen Floskel, daß er „die Socialdemokratie fördere“. So sind sie nur einmal, unsere wackeren Heroen des absoluten Capitalis.

*** Arbeiterleid.** Der Maurer Joseph Alber stürzte Dienstag Nachmittags auf einem Neubau aus dem zweiten Stockwerk ab und

